

# Reich und dreckig

Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz gehören zusammen – das zeigt der gemeinsame Protest von Umweltschützern und Gelbwesten in Frankreich

von Philippe Descamps

Am Vorabend der Demos vom 8. Dezember 2018 warnte der Élysée-Palast mit dramatischen Worten vor einem „harten Kern von mehreren tausend Personen“, die auf dem Weg nach Paris seien, „um zu zerstören und zu töten“. Das herausragende Ereignis des Tages war dann aber, dass die Gelbwesten in vielen Städten Seite an Seite mit den Umweltschützern marschierten. Beide sind sich einig in ihrer Kritik an einem System, das den Menschen zu einer Gefahr sowohl für Seinesgleichen als auch für die Umwelt macht. In einer Welt mit begrenzten Ressourcen ist die Absurdität der unbegrenzten Akkumulation zu Gunsten weniger besonders für diejenigen offensichtlich, deren Geld nicht bis zum Monatsende reicht.

Doch anstatt für die Klimaziele zu werben, fing die Regierung Macron an zu schimpfen – auf die Schwächsten zuerst. Dabei ist es doch so: Seit den 1950er Jahren hat die Politik den Straßenverkehr gefördert, Werbung und Industrie haben den Pkw zum unverzichtbaren Attribut des modernen Menschen erhoben. Nun aber soll einzig und allein der Autofahrer für die Folgen den Kopf hinhalten. Die angekündigte (inzwischen unter dem Druck der Straße aufgegebene) Steuer auf fossile Kraftstoffe hätte theoretisch alle gleichermaßen belastet, doch die gleichzeitig steigenden Fixkosten (Miete etc.) treffen vor allem die Ärmsten, während es für die Reichen Geschenke regnet. Der Gipfel der Verlogenheit war das von Macron geforderte „ökologische Steuersystem“, dem die notwendige Energiewende nur als Vorwand diente, die Arbeitgeber von einem Teil der Sozialbeiträge zu befreien.

An der Dringlichkeit einer Energiewende besteht kein Zweifel mehr. Der Weltklimarat (IPCC) erinnert in seinem letzten Bericht daran, dass der Mensch seit Beginn des Industriezeitalters bereits eine Erwärmung der Erdoberfläche von etwa einem Grad verursacht hat. Wenn es im selben Tempo weitergeht, erreichen wir zwischen 2030 und 2052 1,5 Grad. Die Folgen wären dann nur noch schwer zu beherrschen.<sup>1</sup> Trotzdem steigt der Ausstoß von Treibhausgasen noch immer, obwohl man unverzüglich ihre Reduzierung einleiten müsste.

Die USA allein sind für 26,3 Prozent aller seit dem Beginn des Industriezeitalters ausgestoßenen Treibhausgase verantwortlich, es folgen Europa mit 23,4, China mit 11,8 und Russland mit 7,4 Prozent. 2014 pustete ein Katarer im Durchschnitt 34500 Kilogramm Kohlendioxid in die Luft, ein Luxemburger 17600, ein US-Amerikaner 16400, ein Tadschike 625 und ein Bewohner des Tschad nur 53.<sup>2</sup> Jeder Amerikaner, Luxemburger oder Saudi, der zum einen Prozent der Reichsten seines Landes gehört, stößt sogar 200 Tonnen im Jahr aus. Das ist mehr als das Zweitausendfache eines armen Bewohners von Honduras oder Ruanda. Die reichsten 10 Prozent sind für

45 Prozent der Emissionen verantwortlich.<sup>3</sup>

Wenn man um den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck dieser Übeltäter weiß und die Produktionsweise kennt, die sie ungestraft so reich werden ließ, kommen einem ganz andere Ideen, wie eine wünschenswerte Energiewende aussehen könnte: eine Umweltpolitik, die tatsächlich auf breite Zustimmung stößt, statt mit hohen Kosten für Energie und Transport vor allem die armen Haushalte zu belasten. Wir müssten dafür nur die ideologische Zwangsjacke ablegen, die in den Freihandelsverträgen wie denen der Europäischen Union eine juristische Form bekommen hat und die die Bürger daran hindert, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Zunächst müssten die Ungleichheit und ihre Ursachen drastisch verringert werden (siehe Artikel auf Seite 3). Nur so könnten wir einen gemeinsamen Willen und einen kollektiven Elan entwickeln, um uns von den fossilen Energien und unserem Konsumverhalten zu befreien. Zweitens wäre eine Deglobalisierung im Sinne einer Regulierung des Handels nach sozialen und ökologischen Kriterien notwendig. Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen müsste mit der Reproduktion der Ökosysteme kompatibel sein.

Jair Bolsonaro Brasilien und jedes andere Land, das mit dem Gedanken spielt, aus dem Pariser Klimaabkom-

Warum wird der Im- und Export von industriell hergestellten Lebensmitteln weiterhin gefördert, anstatt regionalen Produkten und dem Übergang zur biologischen Landwirtschaft den Vorzug zu geben? Die Lösung des Problems liegt nicht in der Hand des Konsumenten: Wenn strenge Regulierungen und eine intensive Aufklärungsarbeit fehlen, ist die Mehrheit zum Verzehr von Fastfood verurteilt, während Bio der Elite vorbehalten bleibt.

Sparsamkeit, Energieeffizienz, Förderung erneuerbarer Energien: Möglichkeiten, sich vom CO<sub>2</sub> zu befreien, gibt es genug, es fehlt nur an Investitionen. Auf die Privatwirtschaft kann man dabei nicht zählen. Trotz guter Bedingungen – Senkung der Körperschaftsteuer in vielen europäischen Ländern und großzügige Kreditfazilitäten für Privatbanken (2600 Milliarden Euro für Anleihekäufe in weniger als vier Jahren) – zahlen sie lieber Rekorddividenden an ihre Aktionäre aus, anstatt zu investieren. Gleichzeitig verhindern EU-Verträge öffentliche Investitionen, und die Kaufkraft wird durch die Reduzierung der Arbeitskosten gemindert. Die Finanzierung der Energiewende endet in einer Sackgasse.

Das anschaulichste Beispiel für die Kluft zwischen erklärten Absichten und realem Handeln ist das Wohnen. 2007 gab es einen runden Umweltschicht, der einstimmig die Wichtigkeit von energetischen Sanierungen anerkannte.



Die reichsten 10 Prozent sind für 45 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich MICHEL EULER/ep

men auszusteigen, würde es sich zweimal überlegen, wenn dafür Handelsstrafmaßnahmen drohten. Frankreich würde wahrscheinlich weniger Baumrinde nach China exportieren und weniger Möbel importieren, wenn die Löhne und Umweltkosten in beiden Ländern vergleichbar wären und der besonders giftige Schiffsdiesel ebenso besteuert würde wie Benzin.

Wie ist es so rechtfertigen, dass dem Flugzeug – das schmutzigste Transportmittel überhaupt – durch die Mehrwertsteuerfreiheit für Kerosin ein Wettbewerbsvorteil eingeräumt wird?

Im März 2013 wurde ein nationaler Fahrplan lanciert, dessen Umsetzung jedoch stockt. Bei den Verordnungen zur Wohnförderung, Raumordnung und Digitalisierung (Loi Elan) vom 23. November 2018 wurde nur sehr wenig davon konkret umgesetzt. Fast 7 Millionen Franzosen wohnen in ungedämmten Häusern und leiden unter den hohen Energiekosten.<sup>4</sup>

Die Sanierung würde den Komfort erhöhen, die Kosten ebenso drastisch reduzieren wie den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und zudem hunderttausende Arbeitsplätze schaffen. Aber die Investitionen sind zu

groß, die Amortisierung dauert zu lange und die technische Umsetzung ist zu komplex, als dass die privaten Haushalte selbst dafür aufkommen könnten. Nur staatliche oder halbstaatliche Investoren wie Wohnungsbaubehörden oder die Caisse des Dépôts (CDC, staatliches Finanzinstitut) könnten das Versagen des Privatsektors ausgleichen und Einzel- oder Gemeinschaftseigentümer unterstützen.

Die sogenannte Steuergeschrift für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (CICE) war das wichtigste Instrument der Wirtschaftspolitik unter Präsident Hollande. Unter seinem Nachfolger dient sie nur dazu, die Sozialbeiträge zu senken. Macron verpflichtet die Unternehmen zu nichts: weder dazu, ihre Gewinne wieder in die Realwirtschaft oder in die ökologische Wende zu investieren, noch sie zur Reduzierung der eigenen Energie- und Rohstoffkosten einzusetzen.

Trotz der Proteste der Gelbwesten und der Ernüchterung seiner Wähler beharrt Macron auf seinem offenbar wichtigsten Ziel: Begünstigung der großen Vermögenden und der vermeintlichen Investoren. Der drohende Klimawandel erfordert staatliches Handeln, aber dafür muss der Staat zunächst aus den Fängen der Lobbygruppen befreit werden, und die Bürgerinnen und Bürger müssen wieder mehr Mitbestimmungsrechte haben. Die vielfältigen, miteinander verbundenen Probleme verlangen weit mutigere Schritte als die angekündigte „nationale Debatte“.

Das Pariser Klimaabkommen skizzierte eine vorsichtige Form multilateraler Planung. Die UN-Klimakonferenz in Katowice im Dezember 2018 hat ein Regelwerk für ihre Umsetzung verabschiedet. Mit seiner Hilfe wird man messen können, ob die Länder sich beim Ausstoß von Treibhausgasen an ihre jeweiligen Selbstverpflichtungen halten. Doch diese Verpflichtungserklärungen reichen bei Weitem nicht aus. Ohne eine schnelle ökologische Wende wird die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts die 3-Grad-Grenze überschreiten. Ein unerträgliches Szenario, vor allem für die Länder des Globalen Südens. Ein grüner Klimafonds soll diese Länder unterstützen. Die vergleichsweise bescheidenen Einlagen von 100 Milliarden Dollar im Jahr sind jedoch noch lange nicht erreicht.

In Frankreich ist es mit der Klimagerechtigkeit nicht weit her, das hat der Protest der Gelbwesten gezeigt. Im Weltmaßstab sind wir noch weiter von ihr entfernt.

<sup>1</sup> „Global Warming of 1.5°C“...Summary for policymakers“, Sonderbericht des IPCC, Genf, 2018, www.ipcc.ch.

<sup>2</sup> „CAIT Climate Data Explorer 2015“, World Resources Institute, Washington, D.C., www.caclwri.org.

<sup>3</sup> Lucas Chancel und Thomas Piketty, „Carbone et inégalité: de Kyoto à Paris“, École d'économie de Paris, 3. November 2015, Oxfam gelangt zu ähnlichen Schätzungen: „Extreme Carbon Inequality“, Oxford, 2. Dezember 2015.

<sup>4</sup> „Le tableau de bord 2018“, Observatoire national de la précarité énergétique, 2018, www.onpe.org.

Aus dem Französischen von Claudia Steinitz

## Meldungen des Monats

### Schlechte Nachrichten

In Serbien werden kritische Journalisten von anonymen Tätern bedroht, ohne dass die Regierung etwas für ihren Schutz unternimmt. Der prominenteste Fall ist der von Milan Jovanović, der die Newswebsite Žig Info verantwortet. Am 12. Dezember haben Unbekannte sein Belgrader Haus mit einem Molotow-Cocktail in Brand gesetzt. Zuvor hatte er einen Korruptionfall in der Verwaltung des Belgrader Stadtbezirks Grocka aufgedeckt. Am 30. Dezember wurde Jovanović in seiner neuen Wohnung von Einbrechern heimgesetzt. Nach dem ersten Anschlag hatte er die Behörden und Präsident Aleksandar Vučić verblichend aufgefordert, ihm Polizeischutz zu gewähren. Über Todesdrohungen beschwerte sich Ende Dezember auch Tatjana Vojtechovski, die durch investigative TV-Reportagen über Korruptionsfälle im Umkreis der Regierung bekannt wurde. Der Unabhängige Journalistenverband Serbiens (Nuns) hat die Regierung aufgefordert, den Hintergrund der Bedrohungen rasch aufzuklären.

## REPORTER OHNE GRENZEN FÜR INFORMATIONSFREIHEIT

In der Demokratischen Republik Kongo unterdrückt die Regierung die Berichterstattung über die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 30. Dezember 2018. Bis zur Ermittlung der Wahlergebnisse wurden das Internet, soziale Netzwerke und mobile Nachrichtendienste abgeschaltet und die Sendeanlagen von Radio France International lahmgelegt, um „die öffentliche Ordnung zu wahren“, wie ein Sprecher von Präsident Kabila erklärte. Tatsächlich soll der Medien-Blackout eine Diskussion über Wahlmanipulationen unterbinden. Laut RoG hat es 2018 unter dem Kabila-Regime mehr Verstöße gegen die Medienfreiheit gegeben als in jedem anderen Subsahara-Staat. Auf der Weltrangliste der Pressefreiheit belegt die DRK unter 180 Ländern den 154. Rang.

In Indien können Kritiker der nationalistischen Regierung Modi und seiner Hindu-Partei trotz eines gerichtlichen Freispruchs ins Gefängnis wandern. Das musste Kishorechandra Wangkhem erfahren, der im Bundesstaat Manipur für den TV-Sender ISTV arbeitet. Der Journalist war am 21. November verhaftet worden, nachdem er den Chief Minister Manupurs auf Facebook als „Marionette“ des indischen Regierungschefs Modi bezeichnet hatte. Nachdem ein Gericht seine Freilassung angeordnet hatte, weil er lediglich seine Meinungsfreiheit ausgeübt habe, wurde Wangkhem unter Berufung auf das „Gesetz über Nationale Sicherheit“ erneut verhaftet. Am 19. Dezember 2018 ordnete der Chief Minister eine einjährige Gefängnisstrafe an. Begründung: Es gelte Handlungen zu verhindern, die „der Sicherheit des Staats abträglich“ sind.

Am 21. Dezember wurden in Nicaragua die Anlagen des Fernsehensenders 100% Noticias von der Bereitschaftspolizei gestürmt und die beiden Fernsehjournalisten Miguel Mora und Lucia Pineda ubau verhaftet. Die Anlage gegen den Eigentümer und den Leiter des Kabelsenders lautet auf „Terrorismus“ und „Verschwörung“. Die staatliche Telekommunikationsbehörde Telcel ließ den Sender abschalten, der seit Beginn der Krise im April 2018 eine wichtige Informationsquelle über die Massenproteste gegen die Regierung war.

## Impressum

Redaktion Barbara Bauer | Leitung, Dorothee D'Aprile | verantwortlich f.d. Ausgabe, Katharina Deblor, Jakob Farah, Niels Kadritzke, Anna Lerch, Ambros Walbed  
Produktion Karoline Bofinger, Bernd Cornely, Daniela Leupelt, Akita Libbers, Stefan Mahke, Franziska Ozer  
Redaktion Karin Caroline Bofinger  
Redaktion Kunst Wilhelm Werthern  
Dokumentation Sigrid Deitelhoff, Almut Müller  
Verlag Deutschland  
laz Entwiklungs GmbH & Co. Medien KG,  
Rudi-Dutschke-Str. 23, D 10969 Berlin,  
☎ +49 30 25 90 2-0, www.monde-diplomatique.de

Anzeigen Daniel Schwertfeger, ☎ +49 (0) 30 25 902-127  
dschwert@monde-diplomatique.de  
Le Monde diplomatique liegt jeweils am zweiten Freitag im Monat der taz bei,  
Separates Abonnement  
Jahrespreis Inland 56,40 €, Ausland 66,00 €, ermäßigt Inland 36,00 €, Ausland 45,60 € (alle Preise inkl. Versandkosten),  
abo-lmd@monde-diplomatique.de  
☎ +49 30 25 902-211  
A. Beig Druckerei GmbH & Co.,  
25421 Pinneberg

ISSN: 1434-2561  
LMD Audio Download im eKiosk  
www.monde-diplomatique.de/jm/zkiosk/ekiosk  
Einem Teil der Ausgabe liegt der Agrarlatas 2019 bei,  
Verlag Schweiz  
WOZ – Internationale Medienerzeugnisse AG,  
Zürich, Daniel Hackbarth | verantwortlich,  
Camille Roseau,  
Briefadresse Postfach,  
CH 8031 Zürich,  
☎ +41 (0) 44 448 14 14  
ldp@boz@woz.ch, www.monde-diplomatique.ch

Inserate WOZ-IMAG, Vasco Rasi,  
☎ +41 (0) 44 448 14 03/23,  
diplonserrat@woz.ch  
Mittelland Zeitungsdruck AG, Aarau  
Le Monde diplomatique liegt jeweils am zweiten Donnerstag im Monat der WOZ bei,  
Separates Abonnement  
Jahrespreis 72 sFr. | zzgl. Versandk. ins Ausland,  
Die nächste Ausgabe erscheint als Beilage der taz am 8. 2. 2019 und der WOZ am 7. 2. 2019.  
In Deutschland separat am Kiosk ab 7. 2. 2019.

Le Monde diplomatique, Paris  
Direktor Serge Halimi  
Chefredakteur Philippe Descamps  
Stellvertreter Benoît Breville, Martine Bulard,  
Renaud Lambert  
Redaktion Mona Chollet (verantwortlich),  
Akram Belkaid, Evelyn Pieller, Hélène Richard,  
Pierre Rimbert, Anne-Cécile Robet  
Dokumentation Olivier Pirrot  
1. avenue Stephen-Pichon, F-75013 Paris  
Die deutsche Ausgabe von Le Monde diplomatique geht auf eine Initiative der taz (Gesamtausgabe im Jahr 1994) zurück. Weitere über die Gesamtausgabe erfahren Sie unter: www.taz.de/gesamtausgabe